



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 17. September 2013

P131273

13.435 Parlamentarische Initiative. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!"

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben.

Begründung

Die Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ verlangt, dass gastgewerbliche Leistungen gleich besteuert werden wie die Lieferungen von Nahrungsmitteln. Die Initiative bezweckt damit eine Gleichstellung von Restaurants, deren Leistungen dem normalen Mehrwertsteuersatz von 8 Prozent unterliegen, und Anbietern von sogenannten „Take-away“-Leistungen, deren Leistungen im geltenden Recht als Lieferungen von Nahrungsmitteln gelten und damit unter den reduzierten Steuersatz von 2,5 Prozent fallen. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Der Gegenentwurf der Nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben schlägt vor, einen Grossteil der Leistungen der Take-away-Branche zum höheren Normalsatz zu besteuern. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt zwar das Anliegen, die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den gastgewerblichen Leistungen und jenen der Take-away-Branche zu beseitigen. Er erachtet jedoch das gewählte Abgrenzungskriterium (warme Speisen) als wenig geeignet. Sinnvoller wäre eine tiefere Besteuerung der Gastronomie. Dies würde jedoch zu substantziellen Einnahmeausfällen auf Bundesebene führen, was mit Blick auf die Unternehmenssteuerreform III vermieden werden muss.

